

daß der Ertrag des Reichsnotopfers unter reinen Umständen von der Entente in Anspruch genommen werden kann.

In seiner Antwort verweist Reichsfinanzminister Erzberger auf seine vor der Nationalversammlung in Weimar abgegebene Erklärung, daß nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages der Entente ein Zugriffsrecht auf den Ertrag des Reichsnotopfers nicht zukommt. Allerdings muß der Minister zugeben, daß auf den ersten Blick einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages zu der entgegengesetzten Auffassung führen könnten. Diese Bestimmungen dürfen jedoch, so heißt es in dem Antwortschreiben des Reichsfinanzministers nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Nach Ansicht der Regierung kann eine Prüfung der gesamten diesbezüglichen Vertragsklauseln nur zu dem Ergebnis führen, daß das deutsche Volksvermögen und seine Einnahmen durch die betreffenden Bestimmungen mit einer Bürgschaft belastet werden, daß aber das hieraus fließende Zugriffsrecht der Entente so lange nicht ausgeübt werden kann, als Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt.

In dieser Auffassung wird das Reichsfinanzministerium durch Gutachten juristischer und wirtschaftspolitischer Sachverständiger bestärkt. Auch alle Kundgebungen der Entente, die neben dem Friedensvertrag einhergehen, lassen deutlich erkennen, daß sie feindlichen Mächte bei Vertragserfüllung einen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte keineswegs zuzulassen und sich hierzu auch nicht für berechtigt halten. Es kommt also alles darauf an, daß Deutschland seinen ihm aufgezungenen finanziellen Verpflichtungen nachkommt. Bis zum Jahre 1926 sind diese im Friedensvertrage genau umgrenzt, und man wird annehmen dürfen, daß wir bei einer steigenden Entwicklung unserer inneren Verhältnisse infolge der Erfüllung in der Lage sein werden. Hierzu hält der Minister aber vor allem eine Befreiung der finanziellen Grundlagen des deutschen Reiches für die dringendste Vorbedingung, und es dürfte daher Aufgabe aller staatsverhaltenden Kreise sein, die in dieser Hinsicht von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen und hierunter vor allem den Entwurf des Reichsnotopfers zu unterstützen.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 21. Oktober.

Stat des Reichsfinanzministeriums.

Nach Beantwortung verschiedener kleiner Anfragen wird heute bei äußerst schwach besetztem Hause in die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums eingetreten. Verbunden damit wird der Bericht des Ausschusses über die Militärverhältnisse. Reichsfinanzminister Mayer-Kaufmann leitet die Beratung mit einer kurzen Darlegung der derzeitigen Aufgaben des Reichsfinanzministeriums und seiner gegenwärtigen und künftigen Aufgaben ein. Es sind erstens Verwaltung und Verwertung der mobilen und immobil gewordenen Heeresgüter, zweitens die Verwaltung der im Kriege entstandenen großen industriellen Unternehmungen des Reichs, u. a. auf dem Gebiete der Stoffgewinnung, der Elektrizitäts- und Aluminiumerzeugung, und drittens finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften.

Die in Liquidation stehenden Kriegsgesellschaften werden in den Geschäftskreis des Reichsfinanzministeriums übergeführt. Alle noch vorhandenen mobilen Heeresgüter sind heute in unserer Hand. Werte im Betrage von 150 Millionen Mark sind bereits in die Hand des Reichs zurückgeführt; über 400 Millionen, die zum größten Teil auch dem Reich zurückgegeben wurden, schließen noch Verhandlungen. Verrentungen werden hier und da sicher immer wieder noch vorkommen, aber wir tun alles, um ihnen nach Möglichkeit vorzubeugen. Das Reichsfinanzministerium hatte seinerzeit den gesamten Wert der noch getrennten Heeresgüter auf drei Milliarden Mark angenommen. Bis heute ist es uns gelungen, drei Milliarden Mark aus dem Heeresgut zu erzielen. Nach meiner Schätzung befindet sich noch für etwa zwei Milliarden Mark mobiles Heeresgut in Deutschland. Die Verwertung des mobilen Heeresgutes hat ihren Höhepunkt bereits überschritten.

Eine neue gewaltige Aufgabe ist dem Reichsfinanzministerium auf dem Gebiete der Verwaltung und Verwertung der entbehrlich gewordenen Immobilien Heeres- und Marinegüter erwachsen. Es soll laut Reichstagsbeschluss die Immobilien Heeresgüter auf den Friedensstand zurückführen und die Betriebe in private Betriebe verwandeln. Zur Leitung sind unbedingt erfahrene Kräfte erforderlich, deren Gehältern den Privatindustrien angepasst sein müssen. Die Hauptverwaltung der Heeresbetriebe ist in weiterer Entwicklung begriffen; sie müssen in Gesellschaftsform übergeführt und nach kaufmännischen Gesichtspunkten betrieben werden. Das Reich hat auf diesem Gebiete bereits große Erfahrungen. Die Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe auf den Friedensbetrieb bereitet große Schwierigkeiten, da bei der Einrichtung dieser Betriebe hierauf nicht Bedacht genommen worden war.

Der Unterhalt der Besatzungstruppen

Im Westen erfordert im Jahre einen Betrag von 1,2 Milliarden Mark; außer diesen Forderungen werden für die nächste Zeit für den Bau von Wohnungen für die Offiziere usw. erhebliche Summen angefordert. Für die Ueberwachungskommissionen werden jährlich ungefähr 60 Millionen aufgewendet werden müssen. Die Unterhaltung der interalliierten Besatzungstruppen stellt sich also heute schon insgesamt auf mindestens 2½ Milliarden Mark. Unter den heutigen Verhältnissen eine ganz unerträgliche Ausgabe für uns. Wir kennen seit Abschluß des Waffenstillstandes auch nicht annähernd die ziffernmäßige Stärke der Besatzung. (Hört! Hört!) Eine Berechnung der Unterhaltungskosten wurde bisher auch immer ohne jede Begründung abgelehnt. Die Requisitionen werden in den ersten neun Monaten auf etwa 900 Millionen geschätzt.

Unmittelbar nach Friedensschluß sollen in Berlin zwei Ueberwachungskommissionen eintreffen, für deren Unterbringung mehrere große Hotels mit Hunderten von Zimmern sowie Ställe für 60 Automobile erforderlich sein werden. Diesen Ueberwachungskommissionen

wird deutscherseits nur eine Kommission von sechs Offizieren gegenübergestellt. Das ist ein Ausmaßungsprozeß, der in letzter Linie der Entente Schaden bringen müsse. Die Besatzungstruppen müssen vermindert werden. Die Entente darf auch in den besetzten Gebieten unserer Verwaltung keine Schwierigkeiten bereiten. Das verlangt mit der Regierung auch die ganze Nationalversammlung. (Beifall.)

Abg. Siebel (Soz.): Die Entente sollte bedenken, daß sie zu keinem reichen Manne kommt. Von dem neuen kaufmännischen Geiste im Ministerium versprechen wir uns viel.

Abg. Gröning (Zentr.): Die bedeutendste Aufgabe des Ministeriums ist die Umstellung der Heeresbetriebe in Friedensbetriebe. Seit dem November ist der Terror in den Staatsbetrieben sprichwörtlich geworden. Mit diesem Zustande muß gebrochen werden. Heute, die letzten Terror treiben, müssen sofort entlassen werden. (Beifall.) Der Minister sollte sich ein Paar Handschuhe kaufen und damit in die Wespennester der Kriegsgesellschaften hineinleuchten.

Abg. Gothein (Dem.): Es ist bedauerlich, daß die Entente so wenig Verständnis für die Leistungsfähigkeit Deutschlands zeigt. Das Schiebertum im Westen wäre ohne die Befähigung der gegnerischen Truppen gar nicht möglich.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Preuß. Landesversammlung.

Kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage Presse (D. Hann.) antwortet die Regierung, daß noch nicht zerfallene Kirchenglocken zurückgegeben sind oder werden, und daß aus dem noch verfügbaren zerfallenen Glockengut eine Verteilung stattfinden wird.

Auf eine Anfrage Adolf Hoffmann (U. Soz.) wird von einem Regierungsvertreter mitgeteilt, daß der Justizminister einen Antrag auf Eidesleistung unter religiöser Eidesform, wie er in einem Falle ausgestellt worden ist, nicht für angängig hält und entsprechende Anweisung erteilt wird.

Die zweite Beratung des

Landwirtschaftsetats

wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Kanitz (Dnalt.) begründet einen Antrag, in West- und Ostpreußen die Zwangsverwaltung aufzuheben. Der Friedensvertrag hat lediglich das Ziel, Preußen zu zerstören; dieses jadisige Machwerk wird verschwinden. Wir Deutschen müssen jetzt hassen lernen. Da wir den Verkehr mit dem abgeschnitten. Ostpreußen nicht aufrecht erhalten können, ist die Zwangsverwaltung dort sinnlos geworden. Die Berufsorganisation der ostpreussischen Landwirtschaft steht für die Versorgung der Bevölkerung ein.

Abg. v. Kessel (Dnalt.) begründet einen Antrag auf Beilegung des Arbeiter- und Handwerker mangels auf dem Lande.

Abg. Peters-Hochborn (Soz.) wünscht Ueberweisung des Antrags auf reichsrechtliche Regelung der Landarbeiterverhältnisse an die Landwirtschaftliche Kommission.

Abg. v. Kessel (Dnalt.) begründet einen Antrag auf Einstellung der Schlachtung von Milchschafen.

Abg. Jacoby-Kauf (Zentr.) tritt in zwei Anträgen für Erleichterung der Ablieferung von Vieh an die feindlichen Mächte für die besetzten Gebiete und für Freigabe landwirtschaftlicher Gebäude ein.

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.) beantragt, die Landwirtschaftsminister künftig nach demokratischen Grundsätzen zu wählen. Oft genug haben sie bisher nicht einen einzigen Kleinbauern in ihrer Mitte gehabt. Berufe, die mit der Landwirtschaft zusammenhängen wie Metereien, Fischereien usw. müssen in ihnen vertreten sein.

Einige weitere Zentrumsanträge verlangen den notwendigen Wiederschluß zum Schutze der Landwirtschaft und Bereitstellung ausreichender Mengen von Schwefel sowie zur Bekämpfung der Schädlinge des Weinstockes sowie rechtzeitige Belieferung der Winter mit Weizen, Gerste, Einberufung eines Weinparlamentes.

Nach Begründung einer Reihe förmlicher Anfragen tritt das Haus in die allgemeine Aussprache über den Landwirtschaftsetat ein.

Abg. Wittich (Soz.) spricht noch zu einigen Einzelheiten dann verläßt sich das Haus auf Mittwoch.

Politische Rundschau.

Die Vorbesprechungen zur Reichsschulkonferenz nahmen am Montag im Reichsministerium des Innern ihren Anfang. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Reichsschulkonferenz stattfinden zu lassen, ferner einen Ausschuss zu bilden, der die Verbindung zwischen dem Reich und den Unterstaatsverwaltungen zu fördern herstellt und außerdem die Konferenz vorbereitet. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß eine Reihe wichtiger Fragen schnellstens durch ein Reichsnotschulgesetz zu regeln und noch vor der Reichsschulkonferenz zu erledigen sei. Die Vorarbeiten für die Konferenz wurden dem Ausschuss übertragen, insbesondere die Frage der Dauer der Verhandlungen, die Auswahl der Teilnehmer und weitere Einzelheiten. Als ungefähre Zeitpunkt für das Stattfinden der Konferenz wurde Oktober 1920 in Aussicht genommen. Einschließlich der Regierungsvertreter soll die Zahl der Teilnehmer nicht mehr als etwa 400 betragen. Ferner wurden dem Ausschuss die Leitende zur Vorbereitung überwiesen, die die Reichsschulkonferenz beauftragen sollen, sowie eine Reihe anderer, noch zur Förderung gestellter Fragen auf dem Schulgebiete. Einigkeit herrschte darüber, daß die Sicherung der im Ausland tätigen Beschäftigten eine Frage sei, deren möglichst baldige Regelung erfolgen müsse. Ferner soll eine Neuordnung der Reichsschreibung baldmöglichst in die Wege geleitet werden.

Abg. Schacht. Die deutsche Delegation in Versailles hatte an den Obersten Rat das Ersuchen gerichtet, die Mitglieder der interalliierten Kontrollkommissionen in Deutschland sollten nach Inkrafttreten des Vertrages nicht mehr Uniform tragen, um unliebsame Zwischenfälle von vornherein zu vermeiden. Der

Oberste Rat hat jedoch das Ersuchen mit der Begründung abgelehnt, daß darin ein Versuch erblickt werden müsse, die Autorität der interalliierten Kommission zu schwächen.

Kaiser Wilhelm als Mäker. Im Auftrage des ehemaligen Kaisers hat Rechtsanwalt Dr. Siebert bei der Staatsanwaltschaft in Berlin Strafantrag gegen den Schauspieler Ferdinand Bonn wegen des von Herrn Bonn verfaßten „Kaiserfilms“ gestellt. Wilhelm II. klagt wegen Beleidigung, wegen Mißbrauch seines Bildes und auf Unterlassung, das heißt auf Verhinderung aller Aufführungen. Die Vorführung des geschmacklosen Films, in dem Herr Bonn seinen ehemaligen kaiserlichen Gönner bekanntlich selbst darstellt, ist bis jetzt nur in Berlin verboten.

Die Litauer bedrohen den Niddtransporth der Baltikstrassen. Die Verbindung mit General Eberhardt in Satun ist sein Hauptquartier hat, ist nach Mitteln von zuständiger Seite seit Dienstag unterbrochen. Es scheint, daß diese Unterbrechung mit Nachrichten zusammenhängt, welche auf anderem Wege über Bewegungen der litauischen Truppen zu uns gedrungen sind. Hiernach scheiden die Litauer ihre Truppen immer näher an die für den Niddtransport außerordentlich wichtige Bahnlinie Radziwiłłski—Gangsgarten heran, so daß diese Truppenbewegung einer Bedrohung des deutschen Niddtransportes gleichkommt. General Eberhardt verhandelt vorläufig noch mit den Litauern. Wie jedoch die Dinge sich weiter entwickeln werden, ist noch nicht abzusehen.

Der Entwurf der preussischen Verfassung ist jetzt im Ministerium des Innern fertiggestellt worden. Er wird in kürzester Frist von dem Minister des Innern, Wolfgang Heine, dem preussischen Staatsministerium vorgelegt werden und dann, nach der Besprechung im Ministerrat, der preussischen Landesversammlung zugehen. Der Verfassungsentwurf rührt in der Hauptsache vom Unterstaatssekretär Dr. Freund her. Gleichzeitig mit dem Verfassungsentwurf oder sogar nachher wird der Landesversammlung ein Entwurf für die Verwaltungsreform vorgelegt werden. Er ist von dem früheren Minister des Innern Dr. Drehs verfaßt, der mit den ihm beigegebenen Räten jetzt im Ministerium des Innern arbeitet.

Polen: Generalstreik der Polischewiken.

Aus Warschau kommende Berichte kündigen den Ausbruch eines Generalstreiks an. In der letzten Sitzung des Exekutiv-Ausschusses der polnischen sozialistischen Partei ist beschlossen worden, bis zur endgültigen Bewilligung aller Forderungen den Generalstreik zu proklamieren. Die Führer der polnischen sozialistischen Partei erklärten, daß der landwirtschaftliche Streik den Anfang der allgemeinen Offensive des organisierten polnischen Proletariats bedeute. Nach einer anderen Meldung sind auf der Eisenbahn bei Lublin fünf verdächtige Personen verhaftet und in das Gefängnis nach Warschau eingeliefert worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß sich darunter der bekannte bolschewistische Führer Radziszewski und der General der bolschewistischen Armee Kozłowski befinden. Die polnische Zeitung „Gazeta Poranna“ bemerkt dazu, daß Polen am Vorabend einer großen allgemeinen Revolution stehe. Der Streik der Landwirtschaftsarbeiter stehe in engem Zusammenhang mit den Wahlen der russischen Bolschewiken in Polen. Die Verhafteten sind eigens nach Polen gekommen, um dort die Revolution zu entfachen.

Frankreich: Die Beendigung des Kriegszustandes.

Durch ein Dekret des Präsidenten wurden Kammer und Senat geschlossen. In ihrer letzten Sitzung beschloß die Kammer, als Tag der Beendigung des Kriegszustandes den Tag der Veröffentlichung des Ratifikationsaustausches anzusehen. Nach den neuesten Meldungen aus Paris soll die Niederlegung der Ratifikationsurkunden, durch die der Friedensvertrag in Kraft tritt, in den nächsten Tagen stattfinden. Wie die Pariser „Liberte“ mitteilt, beauftragte die Frage der zu verfolgenden Deutschen den Unterstaatssekretär für Ministerjustiz, Ignace. Es handelte sich um 600 Personen. Das Blatt sagt, die größten Namen des deutschen Gotha (gemeint ist das genealogische Taschenbuch des deutschen Adels, die Red.) stehen auf der Liste, unter ihnen der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern.

England: Demonstrationen in Indien.

Einer Neutermeldung zufolge griff eine Truppe Wana Magis in Stärke von 30 Mann am 5. Oktober zwischen Mangli und Lunt eine Patrouillenabteilung an. Die britischen Verluste betrugen an Toten und Verwundeten 29 Mann, darunter ein britischer Offizier. Die Feinde hatten schwere Verluste. Eine Kolonne aus Raubridge stieß am 6. Oktober in der Nähe von Mangli auf dieselbe Streitmacht, die diesmal schätzungsweise 600 Mann betrug. Anfangs trieb sie hinter die Feinde zurück, fiel ihr jedoch ansehnlicher Verlust in einen Hinterhalt. Die Kolonne erreichte Raubridge erst nach schweren Kämpfen. Die Verluste betrugen etwa 80 Mann, darunter zwei britische Offiziere und ein indischer Sanitätsoffizier tot. Eine neue Kolonne mit Geschützen hat sich am 8. Oktober nach Mangli begeben.

Petersburg vor dem Fall.

Vertraute Siegesberichte.

Die Meldung von dem Einzug des Generals Judentich in Petersburg wird von verschiedenen Seiten als unzutreffend bezeichnet. Weder Kronstadt noch Petersburg hätten kapituliert. Einer Neutermeldung zufolge wehte noch am Montag morgen die rote Flagge über Kronstadt. Allerdings soll Judentich wieder einige bemerkenswerte Erfolge über die Bolschewiken errungen haben und Vorbereitungen zu einem Zuge nach Petersburg treffen. Er hat mehrere Kavallerieregimenter zusammengezogen zu einem energischem Vorstoß gegen die Hauptstadt.

Nach den letzten Nachrichten steht General Judentich nur noch etwa acht Kilometer von Petersburg entfernt. Die Truppen sehen die Färme der Rema-Metropole aus der Ferne und hören eine Explosion nach der anderen aus der unglücklichen Stadt. Die Vorstadt Sigowo ist bereits eingenommen. Offenbar vernichten die roten Truppen in der letzten Verzweiflung alles, was an die einstige Schönheit der russischen Hauptstadt erinnert.

Der Ring um Petersburg schloß sich in den letzten Tagen beinahe zusammen. Alle nach Petersburg führenden Bahnen sind bereits abgeschnitten und nur die Wologda-Bahn steht den Bolschewiken noch zur Verfügung. Der Fall Petersburgs darf nur noch als eine Frage von Stunden bezeichnet werden. Die russischen roten Truppen, die noch an der finnischen Grenze gestanden haben, flüchten in wilder Panik und lassen ihre finnischen roten Brüder hilflos zurück.

Flucht der Sowjetregierung?
Die „Times“ berichten aus Omsk: Nach Mitteilungen aus Jekaterinenburg lassen sich dort bolschewistische Kommissare nieder, die die Ueberfluchtung der Sowjetregierung nach Jekaterinenburg vorbereiten.

Vermischte Nachrichten.

— **Frankfurt a. M., 22. Oktober.** Zwischen den Frankfurter Eisenbahnen (D. G. B.) und der Eisenbahndirektion ist gestern nachmittag der Konflikt in einer öffentlichen Versammlung des Deutschen-Eisenbahner-Verbandes beigelegt worden.

— **Die Kartoffeln geschoben werden.** In nebelgrauer Morgenstunde ist aus dem Bahnhof einer bergischen Großstadt ein Personenzug aus dem Sauerlande eingetroffen. Die Passagiere verlassen eiligst die Wagen und streben durch die Sperre in die Stadt. Drei bis vier Männer in zugewandten Regenmänteln bleiben zurück und beginnen alsbald eine Tätigkeit, die das steigende Interesse des auf einem gegenüberliegenden Bahnsteig sich noch und nach anammelnden Publikums erweckt. Handwagen werden bereitgestellt, und einer jener Gummimantelträger entnimmt einer Brieftasche Scheine, die er an Bahnbeamte verteilt. Eine zauberische Wirkung geht von diesen Scheinen aus: Die von ihnen bedachten streifen jede Müdigkeit und Arbeitslust ab und entwickeln eine Geschäftigkeit, wie während die Heilmännerchen in des Schneiders Werkstatt. In wenigen Minuten haben sie Dutzende prall mit Kartoffeln gefüllte Säcke aus dem Handwagen auf die Handwagen befördert, eilig werden die schwer beladenen Wagen über den menschenleeren Bahnsteig geschoben bis zum Ausgang. Ein Blick auf die durch ein Gitter abgegrenzte Straße überzeugt davon, daß ein mit flinken Pferden bespanntes Fuhrwerk bereit steht, die aus den sauerländischen Gefilden herangeschobene Kartoffelmengende in die Stadt zu befördern. Dutzende Hände befördern die Last vom Handwagen durch die Sperre auf das Fuhrwerk. Noch einige Scheine werden spendiert, mehrere der eifrigen Helfer werden mit einem Satz Kartoffeln als Ertragabe belohnt und fort geht in die Stadt, deren Hotels und Wirtschaften alsbald Kartoffeln zu 30—60 Mk. der Zentner angeboten werden. Der steigende Unwille des durch einen Schienenstreck von dem Schieberhaupteplatz getrennten Bahnpublikums hat die Aktion ebenso wenig zu beeinträchtigen vermocht, wie die pflichtmäßige Kontrolle irgendeiner vorgesehene Behörde. So wird geschoben! erklärte empört ein erblinder Mann, der es mit seiner Beamtenpflicht für unvereinbar hielt, mit Hand anzulegen.

— **Belagerungszustand in Schmalldalen.** Die Befestigung des unabhängigen Bogtens zum Landrat für den Kreis Schmalldalen und das Erscheinen des Reichstagspräsidenten Schubert als Landratsstellvertreter hatte in Schmalldalen zu einer großen Straßendemonstration geführt. Schubert und andere Beamte wurden mißhandelt, ein staatliches Waffenlager beraubt. Zur Wiederherstellung der Ordnung rückte ein Reichswehrbataillon in Schmalldalen ein. Zwei Redakteure der „Volksstimme“ wurden wegen Landfriedensbruch verhaftet. Die Arbeiterschaft proklamierte den Generalstreik und forderte die Zurückziehung der Reichswehrtruppen und die Entlassung der Verhafteten. Da die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, wurde der Belagerungszustand über Schmalldalen verhängt.

— **Die Streikbewegung im besetzten Gebiet.** Der gegen die belgischen Uebergriffe gerichtete Streik auf dem linken Rheinufer hat sich auf Krefeld und Aerdingen ausgedehnt. Es wurde eine Kommission gebildet, die aus Beamten und Arbeitern der belgischen Werke sowie aus bürgerlichen Elementen besteht und den Streik überwacht. Der Verkehr über die Rheinbrücke wurde gesperrt. Die Lebensmittelgeschäfte haben nur an zwei Stunden zum Verkauf geöffnet. Eine Streikabordnung hatte sich an die internationalisierte Kommission in Köln gewandt, wurde aber an die Waffenstillstandskommission in Düsseldorf verwiesen und hat sich dorthin begeben. — Auch im Saargebiet ist mit dem Ausbruch eines neuen großen Generalstreiks zu rechnen, der sich auch auf die Pfalz und die angrenzenden Gebiete erstrecken wird. — Mit einer Buße von 10 000 Mark wurde Neustadt a. d. H. von der französischen Besatzungsbehörde belegt, weil der Täter nicht ermittelt werden konnte, der in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober auf einen französischen Offizier einen Ueberfall ausgeführt hatte. Die Stadtverwaltung hatte seinerzeit eine Bezeichnung von 1000 Mark auf die Ermittlung des Täters ausgesetzt.

— **Schmuggelware in Kuriergepäck.** Die Zollrevision an der badisch-schweizerischen Grenze in Schaffhausen hat in deutschen Kuriergepäck 600 Kilo Schmuggel- und Schieberwaren festgestellt. Sämtliche Koffer und Säcke waren mit Kaffee, Zigaretten, Schokolade, Kakao und Reis angefüllt. Die Pakete trugen unter doppeltem Umschlag die Adressen deutscher Empfänger. Das Hauptverursacher in Karlsruhe hatte die Bewilligung zur Zollrevision des Gepäcks gegeben, nachdem schweizerischerseits bereits früher darauf hingewiesen wurde, daß die diplomatischen Kurierbefugnisse zu Schmuggelungen benutzt würden. — Wegen verfrühter Verchiebung von 60 000 Anträgen aus Heeresbeständen wurden in Münster (Westf.) ein Oberbahnassistent und ein Gütervorsteher verhaftet.

— **Der Massenmord an den katholischen Gefangen.** Vor dem Münchener Volksgericht steht zurzeit ein weiteres Nachspiel der Spartakistenkämpfe zur Verhandlung. Es handelt sich um die Tötung von 21 Mitgliedern des katholischen Gefangenvereins als vermeintliche Spartakisten durch Angehörige der Reichswehr. Als an der Mordtat beteiligt hat die Anklage vier Soldaten ermittelt: Jacob Müller, Konstantin Matz, Otto Grabasch und Fritz Kreimer. Die Anklage gegen sie lautet auf vorsätzlichen Totschlag und Totschlagsversuch, dagegen nimmt die Anklagebehörde an, daß die Tat ohne Ueberlegung erfolgt sei. Wie ein Verurteilter hat insbesondere der Angeklagte Jacob Müller gewütet. Nachdem er seine Patronen verschossen und sein Seitengewehr stumpf gehauen hatte, entließ er einem Schützen sein Seitengewehr und schied und ließ auf die Gefangenen ein. Vergebens versuchten preussische Soldaten und bayerische Kameraden ihn von weiteren Morden abzuhalten. Die anderen Angeklagten sind ähnlich, aber weniger schwer beschuldigt.

— **Erhöhung des Petroleumpreises.** Wie das Reichswirtschaftsministerium mitteilt, muß ein Teil des im Oktober zur Verteilung kommenden Petroleums zu etwas erhöhten Preisen abgegeben werden. Die alten billigen Bestände reichen nicht mehr aus. Die inzwischen eingeführten Mengen aber haben sich infolge des Fallens unserer Währung wesentlich teurer gestaltet. Es darf jedoch das Alter Petroleum bei Lieferungen

vom Lager oder Laden des Verkäufers ab 1,80 Mk. bei Lieferung in das Haus des Verkäufers 1,85 Mk. nicht übersteigen. Mit Ende Oktober wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach eine Erleichterung in der Petroleumwirtschaft bemerkbar machen.

— **Krefeld, 22. Okt.** (Böllige Verkehrsruhe am Niederrhein. Hier ist die gesamte Arbeiterschaft in den Ausstand getreten. Gestern 4 Uhr nachm. stellten auch die Straßenbahnangehörigen ihre Tätigkeit ein. Der gesamte Verkehr am Niederrhein ruht. Seit 2 Uhr nachmittags fahren die Züge der Staatsbahn ebenfalls nicht mehr. Bei einer Demonstration, die unter freiem Himmel stattfand und an der mindestens 15 000 Personen teilnahmen, wurde in einer Entschiedenheit energischer Protest gegen die Uebergriffe der belgischen Besatzung beschlossen.

— **Schwerin, 21. Okt.** (Die wilde Ehe gesetzlich erlaubt.) Als erste gesetzgebende Körperschaft im Reich hat der verfassunggebende Landtag für Mecklenburg-Schwerin eine Gesetzesvorlage angenommen, wonach die wilde Ehe erlaubt ist. (Wir nähern uns mit Riesenschritten dem Gipfel der „Kultur“.)

Kleine Nachrichten.

— Zum Wiederbau, dauminiert ist der Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Gessler, eine fährende Persönlichkeit der süddeutschen Demokratie, auszuwählen.

— Die städtischen Leihenträger Dresdens sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine hundertprozentige Lohnerhöhung und eine Entschädigungssumme von 500 Mark.

— Das Schwurgericht in Stargard hat die 27jährige Kriegswitwe Pliskow wegen Giftmordes an ihrer Mutter und zwei Töchtern dreimal zum Tode verurteilt.

— In Witonto bei Bari in Italien sind im Verlaufe des Wahlkampfes Unruhen ausgebrochen, bei denen viele Menschen verletzt und zahlreiche Personen verhaftet worden sind.

— Lord William Selkirk, der frühere Privatsekretär von Sir Edward Grey, wurde zum britischen Geschäftsträger in Berlin ernannt und wird mit den anderen Mitgliedern der Delegation seinen Posten in den nächsten Tagen antreten.

— Der König Alfonso von Spanien ist zu einem Besuch in Paris angekommen. Er wurde am Bahnhof von dem Minister des Auswärtigen, Pichon, und den Vertretern des Ministerpräsidenten empfangen.

— In Kiew wurde ein Bombenattentat auf den Generalgouverneur v. Bredow verübt. Bredow ist schwer verwundet.

Aus Laasphe und Umgegend.

— **Rückkehr der Gefangenen nach Weiden.** Nach der Minister des Auswärtigen, nach einer jüngst aus der Schweiz zurückgekehrten Meldung sei damit zu rechnen, daß die Weidenachten der größte Teil der Gefangenen aus Frankreich zurückgeführt werde.

— **Vom 1. November werden bei der Eisenbahn statt der bisherigen Arbeiter-Wochenkarten 4. Klasse ausgetauscht.** Die Preise sind sehr mäßig und können die Karten ohne weiteres von jedermann gelöst werden.

— **Der Brennholzverkauf ist nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Elberfeld an die Handelskammer zu Arnberg vom 13. Oktober ds. Js. ab in mäßigen Grenzen wieder aufgenommen worden.** Anträge auf Bestellung von Wagen zur Verladung von Brennholz sind an das Wagenbüro, Empfangsgebäude 2. Stock, zu richten.

— **Gegenstände, wie sie greller nicht gedacht werden können, bringt unsere Zeit.** Eine Schweizer Brauerei kauft echte österreichische Ein-Kronen-Noten (80 Pfennige, jetzt nur 4 Pfennige) als Einleiteten auf die Bierflaschen ihres Kronenbräu, weil dieses Papiergeld bei dem niedrigen Wertaufstand sich billiger stellt, als gedruckte Etiketten, und in Berlin sind bei einer Auktion von Kunstgegenständen für ein einziges Stück 165 000 Mark bezahlt worden. Die Klagen über das teure Leben hallen auf allen Seiten, und das Berliner Opernhaus, in dem ein Parkettplatz jetzt 60 Mark kostet, hat gar nicht so viel Plätze, als jeden Abend verlangt werden. Wer denkt an den verlorenen Krieg und an die kommenden Steuern? Daß da die Preistreiber blüht, ist kein Wunder.

— **Laasphe, 23. Oktober.** Die am 8. Oktober festgesetzte Volkszählung ergab für die hiesige Stadt eine Einwohnerzahl von 2526 Personen, davon waren 1175 männliche und 1351 weibliche. Mitin sind nur 176 weibliche Personen mehr als männliche vorhanden, der weibliche Personenüberschuß ist also nicht so groß, wie vielfach angenommen wird. Die Zahl der Haushaltungen betrug 556.

— **Laasphe, 21. Okt.** Der heutige Kram- und Schweinemarkt war reichlich besetzt. Wegen der hohen Preise war anfänglich wenig Kaufkraft vorhanden. Um nicht unvorteilhaftere Preise abgeben zu müssen, gingen die Verkäufer schließlich mit den Preisen herunter, so daß 4—6 Wochen alte Ferkel für 45—60 Mk., ca. 9 Wochen alte Läufer für 80—85 Mk. erhältlich waren.

— **Bernshausen, 23. Oktober.** (Erschossen.) Der schon wegen der verschiedensten Vergehen vorbestrafte Rich. Schmidt von hier, welcher z. Zt. eine Gefängnisstrafe in Neuwed verbüßte und von dort entwichen war, hielt sich hier verborgen und sollte in vergangener Nacht von dem in Banse stationierten Gend.-Wachmeister verhaftet werden. Sch. widerstand sich der Verhaftung und wurde bei einem erneuten Fluchtversuch durch einen Schuß so schwer getroffen, daß er bald darauf verstarb. Er war etwa 20 Jahre alt.

— **Gründelrath, 23. Okt.** Nach glimpflich davon kam ein Auto, welches am vergangenen Montag wie gewöhnlich unsern Ort im rasenden Tempo durchfahren wollte. Es prallte dabei mitten im Orte auf ein mit Baumstämmen beladenes Fuhrwerk, so daß ein Glamm in das Auto einbrach. Die Insassen kamen mit dem höchsten Schrecken davon und auch das Auto erlitt nur geringfügige Beschädigungen, so daß es nach kurzem Aufenthalt weiter fahren konnte. Eigentlich hätte der Führer wegen Nichtbeachtung der Fahrordnung zur Anzeige gebracht werden müssen.

— **Gründelrath, 23. Okt.** (Schluß des Versammlungsberichtes.) In der darauf folgenden Aussprache ergriff zunächst der Parteisekretär der demokratischen Partei, Herr Stens aus Hagen das Wort. Er bestritt, daß die sozialistische und demokratische Partei Schuld an dem Zusammenbruch des Vaterlandes haben. Die Angehörigen der beiden Parteien hätten im Kriege ebenso ihre Schuldigkeit getan, wie auch die Angehörigen der anderen Parteien. Mit der Frankf. Zeitung und dem Berliner Tageblatt habe die demokratische Partei keine Verbindungen. Deshalb könne die demokratische Partei für deren Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden. Sein Vorredner, Herr Dahlhoff, habe gewissermaßen seine Jungferntrede gehalten und habe den Beweis geliefert, daß er noch wenig vom Sach verstand, sonst könne er nicht die Behauptung aufstellen, daß wir zu teuer fabrizieren, denn im Ausland seien die Löhne noch viel höher als bei uns. Der Bund vertrete nur seine eigenen Interessen, aber nicht diejenigen des Volkes. Die Zwangswirtschaft müsse noch beibehalten werden, namentlich bei den Hauptlebensmitteln. Der Abbau derselben würde zum Ruin des Volkes führen. Die Schuld an den heutigen Zuständen tragen diejenigen, die uns in den

Krieg geführt hätten. Er gibt zu, daß wir vor dem Kriege bessere Verhältnisse gehabt hätten, aber der Bund der Landwirte sei nicht geeignet, die Interessen der Landwirte zu vertreten, sondern nur der Bauernbund. Aus den weiteren Ausführungen des Redners klingt der Vorwurf heraus, daß nur die konservative Partei und deren Mitläufer an der heutigen Lage schuld trage. Er zitiert dabei einen Ausspruch des bekannten Parteimitgliedes Oldenburg-Jonuschau, in welchem die Anschauung, welche die Mitglieder dieser Partei dem Bauernstande gegenüber haben, zum Ausdruck käme usw. — Herr von Krane tritt den Ausführungen des Vorredners ruhig, aber scharf entgegen und widerlegt dieselben Wort für Wort. Oldenburg-Jonuschau wird dabei ganz energisch von den Redschützen der konservativen Partei abgeschüttelt. Man dürfe dessen Worte nicht auf die Goldwaage legen, vielmehr solle man sie als Warnung ansehen, es nicht auch so zu machen. — Herr Wald-Berleburg nimmt die demokratische Partei gegen die verschiedenen Angriffe der Vorredner in Schutz. Er beglückwünscht die Landwirte des Kreises Wittgenstein zum neuen Geschäftsführer des Bundes. Er hat das Gefühl, daß der Bund der Landwirte den Abbau der Zwangswirtschaft nur aus eigenen Interessen anstrebt, um Deutschland in den Abgrund zu stürzen und nachher im Trüben fischen zu können. Diese Leute seien nicht gewöhnt, ihre eigenen Wünsche hinter denen der Allgemeinheit zurückzustellen. Auch über die Fahrenangelegenheiten könne man verschiedener Meinung sein. Jedenfalls sei eine einheitliche Fahne im deutschen Vaterlande gegenüber den vielerlei Fahnen, die von einzelnen Staaten und Häusern, auch im Wittgensteiner Lande geführt werden, vorzuziehen. — Darauf erwidert Hr. Durchlaucht, Fürst Richard von Wittgenstein, daß er die Farben seines Hauses bis zu seinem Lebensende weiter führen werde und überläßt es jedem anderen, dieselben Farben zu führen. Auch die übrigen Ausführungen des Vorredners widerlegt Hr. Durchlaucht in ruhiger und sachlicher Weise. Wenn diese im Sinne des Vorredners, soweit die beiden fürstlichen Häuser in Frage kämen, geregelt würden, so würde das zum Zusammenbruch des Kreises führen. Er selbst, der Fürst, wäre eifrig bemüht, die Verhältnisse im Kreise zu klären. Auf seine Veranlassung fände am 5. November eine Zusammenkunft von juristischen Personen und Sachverständigen aus dem Kreise statt, in der diese Fragen endgültig geregelt werden würden. — Herr Bundessekretär Salin bringt verschiedene Berichte aus Sachverständigen zur Sprache, in welchen die Zwangswirtschaft auf das Entscheidende verurteilt und deren Abbau als dringliche Notwendigkeit verlangt wird. Er schließt mit dem Aufruf, sich für die kommende Zeit fest und treu zusammenzuschließen. — Herr Landrat Dr. Kretschmar gibt zu, daß die Zwangswirtschaft große Nachteile mit sich bringe, aber es sei augenblicklich unmöglich, an einen Abbau derselben zu denken. Die Politik von oben sei schuld an den vorherrschenden Zuständen. Er habe sich wiederholt dafür eingesetzt, daß den Landwirten höhere Preise für das Vieh bezahlt würden. Insbesondere wolle er aber dahin wirken, daß die Landwirte Teil an dem Mehrerlös für die Häute haben. Herr Landrat findet die Forderung der Landwirte nach höheren Viehpreisen durchaus gerechtfertigt. Diese Forderungen müßten aber, schon mit Rücksicht auf den kommenden Winter, in durchaus ordnungsmäßiger Weise vor sich gehen. Er bittet die Landwirte, sich darauf zu verlassen, daß er alles tun wird, um in dieser Hinsicht eine Besserung herbeizuführen und sich nicht zu Beschläffen hinreißen zu lassen, wie sie in Arnfeld zustande gekommen sind. Die Ausführungen des Herrn Landrats fanden allgemeinen Beifall. — Zum Schluß kamen noch die Parteisekretäre Daun und Kerner zum Wort, die einige Beschauptungen der Vorredner richtig stellen sollten, in der Hauptsache aber den Landwirten den Rat erteilten, die Arbeiterschaft nicht zum Aufrufen zu treiben. — Herr Wilhelm Schneider war der Ansicht, daß man von Rechts einen Putsch vorbereite, um die Bevölkerung gegen einander aufzuheben usw. — Inzwischen war die Zeit so weit vorgeschritten, daß viele Versammlungsteilnehmer den Saal verließen ohne die Schlußerklärung abzuwarten. Die Versammlung verlief teilweise recht stürmisch. Es ist heute für den Berichterstatter sehr schwierig, seinen Bericht so abzufassen, daß er allen Parteien gerecht wird, wie es schon vorgekommen ist, zu persönlichen Bedrohungen keinen Anlaß gibt.

Bekanntmachung.

Diejenigen, die bei der Oberförsterei Hilsenbach, sowie bei der Gemeinde Brennholz bestellt und diejenigen, welche kein Brennholz bestellt und auch keinen Vorrat für den Winter haben, wollen sich heute, den 23. Oktober, abends 8½ Uhr im Vereinssaal zu einer Verteilung des zur Verfügung stehenden Brennholzes einfinden. Es können nur solche berücksichtigt werden, die wirklich bedürftig sind.

Gründelrath. Wehndt, Gemeindevorsteher.

Einige Mädchen
als Näherinnen und Weberinnen gesucht.
Aug. Melsheimer,
Erlotwarenfabrik,
Laasphe.

Einige Mädchen
für einen kleinen Haushalt, das auch zeitweise im Geschäft thätig sein kann.
Frau Friedr. Rich. Wehndt,
Laasphe.

Große Gewinnchance!
Große Geld-Lotterie
d. Allg. Deutsch. Pensionsanstalt
Ziehung am 7. u. 8. Novbr.
1919. 6633 Gewinne, sämtl. in barem Gelde.
200 000 Mk.
75 000 „
30 000 „
10 000 „ usw.

1 Originallos Mt. 3.25 incl. Liste versendet in jeder Anzahl gegen Voreinsendung, oder Nachnahme. Amtliche Ziehungstafel wird jedem Gewinner nach Ziehung zugesandt. Der Haupt-Preis-Vertrieb
G. F. Matthews,
Hamburg 21
Sofortige Bestellung erbeten

Kernleder-Treibriemen
(Qualitätsware)
jede Abmessung und jedes Quantum kurzfristig lieferbar
Karl Ed. Klein,
Düsseldorf.
Vertreter Otto Schmidt,
Siegen, Sandstraße 30,
Fernruf Amt Siegen 1406.

Schlackensteine
Liefen prompt waggontweise
Geb. Rahl, Siegen.

Todesanzeige.

Wann schlägt die Stunde,
Wann darf ich geh'n?
Heim, ach nur heim,
Nicht! meinen Heiland im Himmel gern seh'n.
Heim, ach nur heim,
Hier nur auf Erden ist Trübsal und Schmerz,
Droben ist selig auf ewig mein Herz,
Dahin verlangt mich so sehr himmelwärts,
Heim, ach nur heim.

Es hat dem Herrn gefallen, heute nachm.
4 Uhr meinen lieben Mann, unsern treu-
genden Vater, unsern guten Schwiegerjohn,
Bruder, Schwager und Onkel, den

Former
Herm. Schuppener

im Alter von 36 Jahren zu sich in die Ewig-
keit zu nehmen.

Dies zeigen an in tiefer Trauer:

Frau Hermann Schuppener
und Kinder.

Budersbach, Grebenbrück, Siegen,
Sohrort und Stübchen, den 21. Oktober 1919.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag
4 Uhr statt.

Todesanzeige.

Heute morgen 8 Uhr entschlief sanft nach
dreijährigem, schwerem, mit großer Geduld
ertragenem Leiden mein lieber, treuer Gatte,
unser treuherziger Vater, Schwiegervater,
Groß- und Urgroßvater, der

Landwirt
Heinr. Strohmann

im Alter von 79 1/2 Jahren.

Selig sind die Toten, die in dem
Herrn ruhen von nun an, denn der
Geist spricht, daß sie ruhen von ihrer
Arbeit, denn ihre Werke folgen ihnen
nach.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Heinrich Strohmann.

Schameder, Plettenberg, Biedenkopf
und Menden, 21. Oktober 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag den 25. d. Mts.,
nachmittags 2 Uhr statt.

Arbeiter

für dauernde Beschäftigung gesucht.
Gustav Berger & Cie., Erndtebrück.

Einige tüchtige
Fuhrleute
zum Holzfahren gesucht.

Gustav Berger & Co.,
Erndtebrück.

200-300 Str. Brennholz,

in Stangen,
Anspalten oder auf doppelte Stenlänge geschnitten,
zu kaufen gesucht.

Leonh. Breitenbach, b. d. Walzengießerei
Preysbach bei Siegen.

Freim. Versteigerung.

Die Erben des verstorbenen Landwirts Oscar
Hoffmann in Fendingen, Kreis Wittgenstein,
beabsichtigen am

Sonntag den 1. November 1919,
nachmittags 2 Uhr

in Fendingen in der Gastwirtschaft von Wilhelm
Küller folgende Grundstücke:

Flur 13 Parz. Nr. 262	Wohnhaus Nr. 108 mit Hofraum und Hausgarten	2,71 ar
" 13 " " 1123	Scheune mit Stall,	
" 263	Schweinekaß nebst Hofraum	4,53 ar
" 13 " " 756	Hofraum	0,23 ar
" 253		
" 13 " " 857	Hofraum	7,14 ar
" 254		
" 13 " " 1121	261, 263 Hofraum	1,78 ar
" 254		
" 7 " " 23	Wiese in der Tal	41,27 ar
" 11 " " 28	Wiese vor den Birken	11,98 ar
" 18 " " 25	Acker auf d. Hainberg	80,77 ar
" 18 " " 26	Weide auf d. Hainberg	17,60 ar
" 24 " " 82	Garten unten auf der Stehde	6,83 ar

Öffentlich meistbietend zu versteigern. Ferner sollen an
demselben Tage vormittags 10 Uhr

Haus- und landwirtschaftliche Geräte
versteigert werden.

Laasphe, den 20. Oktober 1919.

Dr. v. Sigfeld,
Rechtsanwalt und Notar.

? Warum „Total“ so große ? ? hat der „Total“ Erfolge ?

Total ist der Universal-Trocken-Feuerlöscher
für alle Arten von Entzündungsbränden.

Total ist stets gebrauchsfertig.

Total ist unempfindlich gegen Hitze und Kälte,
frostsicher.

Total ist explosionsicher (unter ständiger
Kontrolle).

Total löscht in wenigen Sekunden.

Total kann jederzeit von jedermann bedient
werden.

Total erzeugt keine Nebenschäden wie flüssige
Löschmittel, kann jederzeit auf seine Ver-
triebsbereitschaft geprüft werden, ohne
daß dabei seine bestehende Leistungsfähigkeit
vermindert bzw. das Lösch-
mittel wertlos vergeudet wird.

Total steht daher in Konstruktion und
Wirkung unerreicht da.

Jede gewünschte Auskunft erteilt der Vertreter für die
Kreis: Dill, Siegen und Biedenkopf

Walter Diercks, Dillenburg,
Hauptstraße 44 Fernspr. 63.

In nächster Zeit treffen
ein:

**Möhren,
Zuckerrüben,
Runkelrüben,
Heu und Stroh,
Kainit,
Koch- u. Viehsalz.**

Bestellungen nimmt schon
jetzt entgegen.
**Adolf Schäfer,
Niederlaasphe,
Telephon 42.**

Erstklassige, hochschäumende
Schmierseife,
tabell. Ware, 5 Pfd.-Eimer
14.— M., 10 Pfd.-Eimer
27,50 M. Porto extra.
**Willy Werner,
Dremsen 4.**

In den ersten Tagen
treffen ein:

**Möhren,
Zuckerrüben,
rote Rüben,
Stroh.**

Bestellungen nimmt entgegen
**Wwe. Chr. Duchardt
Laasphe.**

Ein gebrauchtes
Tafelklavier
Recht preiswert wegen Platz-
mangel zu verkaufen.
Wo? sagt die Geschäfts-
stelle der Wittgenst. Ztg.

Verloren am Dienstag
morgen auf
dem Wege von Wilhelmstraße
bis Bahnhofstraße ein Stuhl
rot-rosa Seide. Gegen
Belohnung abzugeben
Laasphe, Bahnhofstr. 40.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Laasphe.

Am Samstag den 25. Oktober,
von 8 Uhr abends ab
findet im Saale des Herrn Koch ein

Unterhaltungsabend

statt, bestehend in
Theater, Konzert und Ball.

Eintritt

für Mitglieder . . . M. 1.—,
Damen . . . 1.—,
Nichtmitglieder . . . 2.—.

Die Mitglieder werden gebeten, ihre Aus-
weisarten vorzuzeigen.

Die Musik wird ausgeführt vom Musik-
verein Laasphe.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Lichtspiele Laasphe

Nur Sonntag
von 4—6 und 8 Uhr ab
Hella Moja

in dem bekannten, 4teiligen Lebensmärchen
von R. Schneider:

„Heide-Gretel“

Es. Alt zu Alt spannender.

„Im Jugendbund“

Lustspiel in 3 Akten von William Karhol.
Wer eine heitere Stunde erleben möchte, veräume
diesen Film nicht.

Achtung! Wissenschaftlich! Achtung!
„Kuriositäten des Ozeans“

Es ladet freundlichst ein
Ewald Böding.

Gasthof Koch

Keine Lichtnot mehr!

**Karbid-
Steh- u. Hängelampen**

(unerreichte Qualitätsware)

unentbehrlich in Industrie, Gewerbebetrieb,
Haus- wie Landwirtschaft

empfiehlt

Walter Diercks, Dillenburg
Hauptstraße 44 Fernspr. 63.

Große Karbidvorräte sind gesichert.
Ortsvertreter gesucht.

Suche für meine Weberet
3 Mädchen.

**Hugo Griesenbeck,
Sahmannshausen i. W.**

Ein
Fahrrad

mit oder ohne Bereifung zu
kaufen gesucht.

Von wem? sagt die Ge-
schäftsstelle der Erndtebrücker
Zitung.

Lehrling

von Fabrikant zum
1. Novbr. gesucht.
Selbstgeschriebene Angebote
mit Lebenslauf unter „Lehr-
ling“ an die „Wittg. Ztg.“
erbeten.

Einwickelpapier
auf Blocks sowie in großen
Bogen erhalten Sie billig
in der

Buchdruckerei E. Schmidt,
Laasphe.